Satzung der Gemeinde Bentwisch TELAPLANZEICHNUNG

Straßenguerschnitte M 1:100

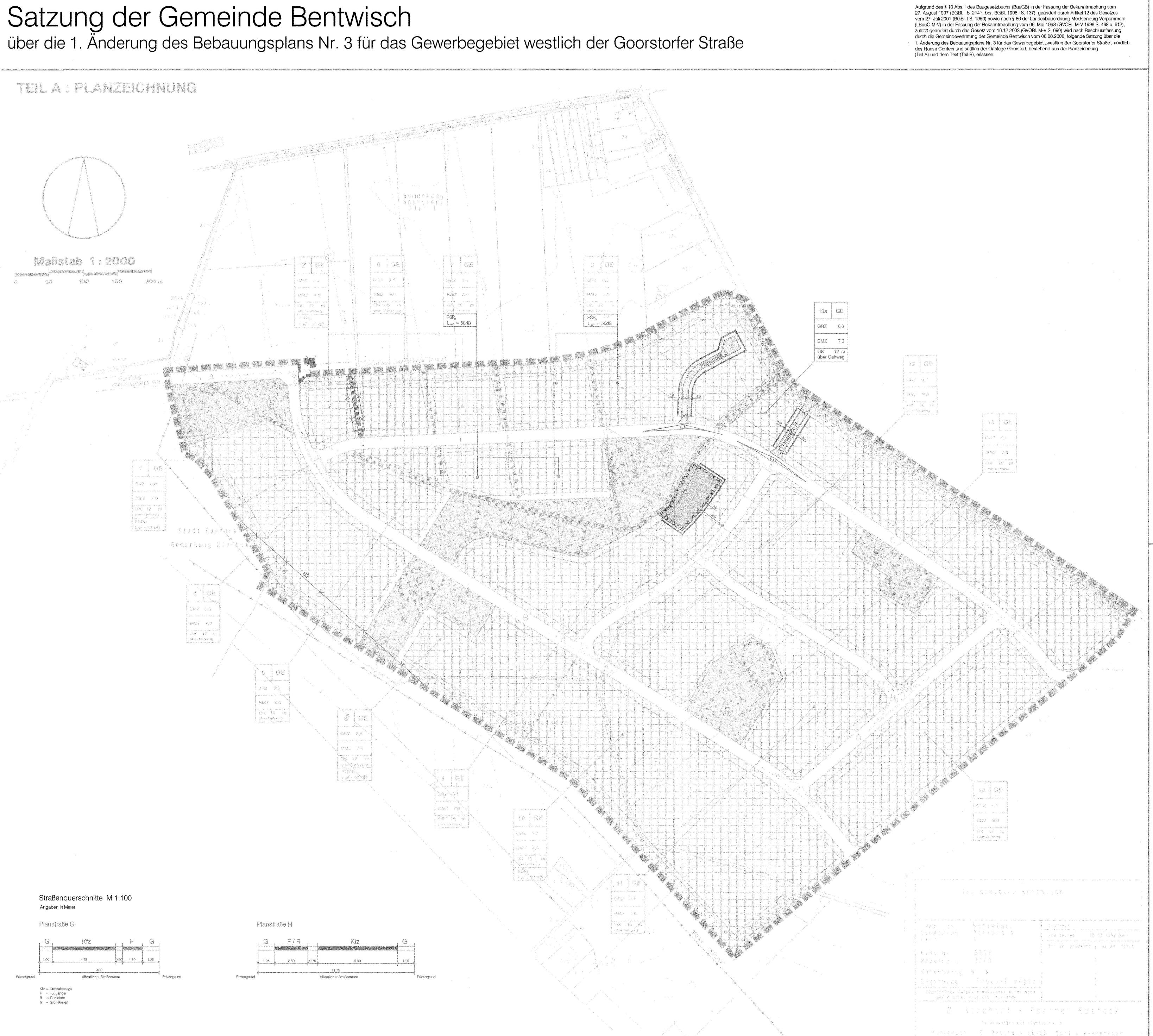
öffentlicher Straßenraum

Angaben in Meter

Planstraße G

Kfz = Kraftfahrzeuge F = Fußgänger R = Radfahrer

G = Grünstreifen



PLANZEICHENERKLÄRUNG

Es gilt die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung -BauNVO-) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBI, I S. 132), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBI. I S. 466) sowie die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 -PlanzV 90-) vom 18. Dezember 1990

I. FESTSETZUNGEN

ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches -BauGB-) Gewerbegebiet flächenbezogener Schalleistungspegel nachts (§ 1 Abs. 4 Nr. 2 BauNVO) $L_{w} = 50 dB$ hier: 50 dB

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO) MASZ DER BAULICHEN NUTZUNG GRZ 0,6 Grundflächenzahl BMZ 7,0 Baumassenzahl

OK 12 m Oberkante als Höchstmaß über Gehweg BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 23 BauNVO)

Baugrenze, fortfallend

(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB) VERKEHRSFLÄCHEN Straßenverkehrsflächen

GRÜNFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB) öffentliche Grünflächen

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) und Lanschaft

PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASZNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MASZNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT

(§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB) Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern

(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe b BauGB)

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

Umgrenzung der Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen (§ 9 Abs. 5 Nr. 3 und Abs. 6 BauGB) \times \times \times

III. DARSTELLUNG OHNE NORMCHARAKTER 13a Nummer des Baugebietes

II. KENNZEICHNUNGEN

Schutzabstand zur Erdgasleitung 217, hier: fortfallend

TEIL B: TEXT

- Die nachfolgend aufgeführte Festsetzung Nr. 7 unter Grünordnung wird ersatzlos gestrichen.
- Zu jedem Bauantrag ist ein Freiflächengestaltungsplan mit genauen Angaben über die Bepflan-zung, die Art der Befestigung der Zufahrten und Stellflächen und die Art der Nutzung der übrigen Freiflächen vorzulegen, der Bestandteil der Baugenehmigung wird. Die Vorgaben des Grünordnungsplanes sind in die Freiflächengestaltungspläne zu übernehmen.
- In der Festsetzung Nr. 28 unter sonstige Festsetzungen wird der Halbsatz: "an der Stätte der Leistung, innerhalb der Grundstückseinfriedung, freistehende" ersatzlos gestrichen.
- 28. Werbeanlagen sind nur bis zu einer Höhe von 5,00 m über Oberkante Gehweg zulässig.
- Die nachfolgend aufgeführte Festsetzung Nr. 29 unter sonstige Festsetzungen wird ersatzlos
- 29. Auf der im Bebauungsplan gekennzeichneten Fläche, deren Boden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet ist sowie im Umfeld dieser Fläche, sind folgende Maßnahmen durch-
- 1. Die Rückstände des Leichtflüssigkeitsabscheiders einschließlich der unterirdischen Rohrleitungs- und Behältersysteme sind durch ein zugelassenes Unternehmen zu entsorgen 2. Der Leichtflüssigkeitsabscheider, einschließlich aller Nebenanlagen sowie aller kontaminierter
- Betonelemente des ehemaligen Flugplatzgeländes sind durch ein zugelassenes Unter-3. Der Vollzug der unter 1. und 2. festgesetzten Maßnahmen ist der unteren Naturschutzbehörde
- 4. Hinter der Festsetzung Nr. 28 wird die nachfolgend aufgeführte Überschrift sowie die textliche Festsetzung Nr. 30 eingefügt:

RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH DER 1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANS

30. Gegenstand der Änderungen in der Planzeichnung (Teil A) sind die farbig gekennzeichneten

- Der Hinweis "B" wird durch nachstehenden Wortlaut vollständig ersetzt:
- B. Innerhalb der öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft" ist eine Altlastensanierung zur unmittelbaren Gefahrenabwehr durchgeführt worden. Eine vollständige Beseitigung der Bodenkontamination ist nicht erfolgt. Hierauf wird hingewiesen.
- Der nachfolgend aufgeführte Hinweis "C" entfällt ersatzlos:
- C. Innerhalb des Mit S2 gekennzeichneten Schutzabstandes zur Erdgasleitung 217, sind alle Aktivitäten auch das Pflanzen von Bäumen, mit der Verbundnetz Gas AG, Industriegebiet, 18209 Bad Doberan abzustimmen.
- Hinter Hinweis "C" wird nachfolgender Hinweis "D" eingefügt:
- D. Es ist nicht auszuschließen, dass im Geltungsbereich des Bebauungsplans Kampfmittel auftreten. Wer Kampfmittel entdeckt ist gem. § 5 Kampfmittelverordnung vom 08. Juni 1993 (GS Meckl.-Vorp. Gl Nr. 2011-1-1) verpflichtet, dies unverzüglich der örtlichen Ordnungsbehörde anzuzeigen. Das Betreten von Flächen, auf denen Kampfmittel entdeckt worden sind, ist verboten. Das Betretungsverbot gilt in dem Umkreis um die Fund- oder Lagerstätte, in dem sich nach vernünftiger Einschätzung die Gefahr des Kampfmittels verwirklichen kann.

VERFAHRENSVERMERKE

- Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 28.11.1996 Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Aushang an den
- Bekanntmachungstafeln vom 12.11.1997 bis zum 27.11.1997 erfolgt. 2. Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 17 LPIG beteiligt
- 3. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 24.11.1997
- sowie 04.07.2002 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden. 4. Die Gemeindevertretung hat am 02.10.1997 sowie am 12.07.2001 den Entwurf der 1. Änderung
- des Bebauungsplans mit Begründung gebilligt. Am 28.03.2002 ist der 2. Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt worden. 5. Die Entwürfe des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text
- (Teil B), sowie der Begründung haben in der Zeit vom 10.07.2002 bis zum 12.08.2002 während der Dienst- und Öffnungszeiten nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, in der Zeit vom 25.06.2002 bis zum 10.07.2002 durch Aushang ortsüblich bekanntgemacht worden.
- 6. Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 08.06.2006 geprüft. Das Ergebnis ist
- 7. Die 1. Änderung des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 08.06.2006 von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 08.06.2006
- 8. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt.

Bentwisch, 12.06.2006



9. Der Beschluss über die 1. Änderung des Bebauungsplans sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt

Auskunft zu erhalten ist, sind in der Zeit vom 28.06.2006 bis zum 13.07.2007 durch Aushang ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist mit Ablauf des 12.07.2006 in

Bentwisch, 20.11.2006

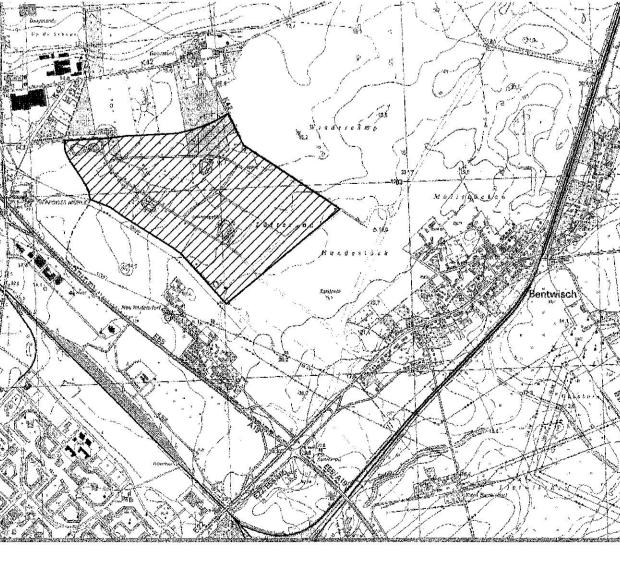


Satzung der Gemeinde Bentwisch

für das Gewerbegebiet westlich der Goorstorfer Straße

1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3

Übersichtsplan M 1 : 20 000



Bentwisch, 08,06.2006

